

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag mit wöchentlichem Beiblatt. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 2893 und 2896.

Interessante Stoffe die Abendszeitung. Abonnementspreis oder deren Raum 70 Pf., kleine Anzeigen des Freitagabends Wert 30 Pf., jedes weitere Wort 18 Pf., Erwerbungsgebühr 30 Pf., bei Familien- und Verfammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Instruktion für den Abonnenten selbstigen Tag müssen spätestens bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Norden 9748.

Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 15. Januar 1919

Nummer 26

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Ein Anfang.

Der Essener A. u. S. Rat erläßt folgende Bestimmungen:

„Wir haben die Aufsicht über Förderung und Vertrieb der Bergwerksprodukte des rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerks übernommen. Wir verordnen:

1. alle Lohnforderungen sind von jetzt ab bei uns anzumelden;
2. die Erhöhung der Preise der Bergwerksprodukte ohne unsere Genehmigung ist verboten;
3. die Direktionsangestellten und Arbeiter haben ihre Arbeiten unverändert weiterzuführen.“

Die Verhandlungen.

(Der offizielle Bericht.)

Der Zentralrat legte am 14. Januar in seiner Vormittags Sitzung die erste Lesung der Ausführungsbestimmungen der Hamburger 7 Punkte fort.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die am Tage vorher begonnenen Verhandlungen mit der Berliner Leitung der U. S. P. D. der Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und der Leitung der Berliner S. P. D. fortgesetzt. Die Vertreter der U. S. P. hatten an erster Stelle die Abweisung der Volksbeauftragten, und ihre Erziehung durch weniger hart kompromittierte Persönlichkeiten verlangt. Aus der Mitte des Zentralrates wurde zunächst verlangt, daß man sich auf bestimmte Forderungen einigt. Aus der gegenwärtigen Situation heraus handle es sich dabei zunächst um das Folgende:

1. Die Regierung hat die Pflicht mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die am 19. Januar stattfindenden Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung vor jeder Störung bewahrt werden.
 2. Die Regierung hat die Pflicht mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit, eine der hauptsächlichsten Erziehungsmittel der Revolution im ganzen Reich sicher gestellt wird.
 3. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß gewalttätigen Eingriffen in die Rechte und Freiheiten der Person und des Eigentums ebens. mit Gewalt begegnet wird und daß jeder Terror, ganz gleich von welcher Seite er kommt, aus dem politischen Kampfe verdrängt; zu diesem Zwecke ist die Entwaffnung der Zivilbevölkerung notwendig durchzuführen.
- Die Vertreter der U. S. P. D. erklärten sich mit diesen drei Punkten einverstanden, ausgenommen den letzten Satz zu 3 der die schleunige Entwaffnung der Zivilbevölkerung durchzuführen haben will. Sie bemerkten jedoch ferner, daß es darauf ankomme, wie die Wahlen zur Nationalversammlung geschützt würden. Auf die direkte Frage, ob sie bereit seien, gewalttätigen Störungen der Wahlen mit Gewalt begegnen zu lassen, erfolgte keine Antwort. Die Vertreter der U. S. P. D. verlangten weiter, daß die Besetzung des Berliner Polizei-Präsidiums, das zu einer kommunalen Einrichtung zu machen sei, nur mit Zustimmung der U. S. P. D. erfolgen dürfe, wobei sie sich nicht an die Person Eichborns klammern wollten. Gegenüber lehnten sie ab, z. B. in die Regierung einzutreten, um gemeinsam mit Reichssozialisten die Durchführung eines noch feststehenden Programms zu übernehmen.

Die Vertreter der Berliner Leitung der U. S. P. D. versicherten, daß sie mit den Regierungsvorschlägen übereinstimmend verfahren könnten, sondern zusammen mit den übrigen schwebenden politischen Fragen Gegenstand der Einigung sein könne.

Die Verhandlungen wurden am Abend auf Mittwoch, den 16. Januar, vertagt.

In dem gestrigen Bericht über die Verhandlungen hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es soll natürlich nicht heißen,

daß der Zentralrat mit der Kommission des Berliner Zentralvorstandes der U. S. P. D. verhandelt, sondern mit der Kommission und dem Zentralvorstand.

Der kriegerische Rost.

Roste ist der Geld des Tages. Rost wie ebendem Rudendorfs. Das Bürgertum braucht feierliche Feldherren. Und Roste hat „gefiegt“.

Wie man aber in Kiel von ihm denkt, wo er wochenlang Gouverneur war, das bezeugt unser Kieler Parteiblatt „Die Republik“ vom 9. Januar.

In Kiel ist noch alles ruhig, schreibt sie, und sie sagt sofort weghalb es noch ruhig ist:

„Ein Glück, daß auch der kriegerische Rost verschwunden ist, denn gerade er hatte viel zur ständigen Erregung der Massen beigetragen, er, der offen die Beschlüsse des Militärkongresses desobauerte, der den konterrevolutionären Elementen, den aktiven Unteroffizieren erklärte, die Beschlüsse des Kongresses nicht erfüllen zu wollen, der ihnen Orden und Ehrenzeichen, Mandatszeichen und was dergleichen Firtelanz mehr, nicht nehmen wollte. Das ist die Ursache der außerordentlichen Ruhe, die „Aufwiegel“ fehlen, Klug handelt die Mehrheit, wenn sie diese Elemente möglichst weit entfernt.“

Klug handelte die Mehrheit — in Kiel. Und in Berlin? Da rief sie den „Kriegerischen“ Roste.

Ganz wie früher.

Die revolutionäre Welle hat die alten Gepflogenheiten des offiziellen Prestetums keineswegs fortgeschwemmt. Vieles ist noch schlimmer geworden. Im liberalsten Polizei- und Obrigkeitstil überdienten sich die bürgerlichen Blätter in Begeisterungsalben zur Moabitler Besetzung durch die Regierungstruppen, die nur das Vorspiel der allgemeinen Entwaffnung Berlins sein soll. Hier ein paar Stilproben: „Es handelt sich um eine im großen Stil ausgeführte Razzia.“

„Das Ergebnis (der Entwaffnung) ist ein Beweis für die vorzügliche Haltung der disziplinierten Truppe.“ „Auch Flugzeuge werden an der Säuberung Berlins teilnehmen.“

„Die Rostische Marinebrigade hat sich bereit erklärt, heute nachmittag die Löwische Fabrik anzuzuhauen.“

Natürlich fehlt in diesem Zusammenhang auch der Hinweis nicht, daß „die anderen“ zuerst geschossen und die Moabitler Bürger von allen Seiten dringlich um Hilfe gebeten hätten. Das gehört nun einmal bei derartigen Vorzügen zu dem bekannten Text der Ordnungsmänner. Sie wollen Toten sehen. Der Anfang der Tot aber ist für sie die Erklärung des Belagerungszustandes und des Standrechtes, wonach die „Deutsche Tageskata.“ immer wieder brünstig verlangt.

Die täglichen Lügen.

Die Drohung mit dem Einmarsch englisch-französischer Truppen wird von ihren Herbeizuhauern in der gegenrevolutionären Presse ebenso munter wie lägenhaft fortgesetzt. Die Nachrichten von der infolge „bolschewistischer Unruhen“ erfolgten Besetzung Düsseldorf wurde uns als unwahr bezeichnet und auch die letzten Walftelegramme wissen nichts mehr davon. Bei der angeblich bevorstehenden Besetzung der Stadt Konstanz handelt es sich gleichfalls um eine allzu durchsichtige Stimmungsmache, nicht minder auch bei den wiederum auftauchenden Preshmedungen „aus Paris“ über die Ankündigung des Einmarsches der Entente in Berlin, wenn die Lage sich hier nicht bessert. In der Waffenstillstandskommission wird die Absicht der Allierten anders beurteilt.

Wien, 14. Januar. In einem Telegramm der Londoner „Morning Post“, das angeblich aus Wien stammen soll, wird behauptet, Kanzler Dr. Renner und Staatssekretär des Äußeren Dr. Bauer hätten einstimmig erklärt, daß nur der Einmarsch englischer Truppen in Wien die Stadt vor der sonst unvermeidlichen Anarchie schützen könnte. Diese Meldung beruht vom ersten bis zum letzten Worte auf Erfindung. Weder Dr. Renner noch Dr. Bauer haben jemals derartige Äußerungen gemacht.

Ein neuer Abschnitt der Revolution.

Von Willy Meiß.

Genosse Meiß ist ein Mitglied des Arbeiterrates der Schmarhkopf-Werke und der Ber-Kommission, die die Arbeiter von Schmarhkopf und der U.S.P. zur Bestimmung der Einigungsabmachung eingeleitet hat, die selbst einen so machtlosen Ausschuss genommen hat. Wir geben seine Ausführungen als interessantes Dokument der Stimmung, die in breiten Schichten der Berliner Arbeiterschaft lebt, wieder.

Ein neuer Abschnitt der Revolution hat begonnen, nachdem der vorhergehende kaum zum Abschluß gekommen ist.

Dessen Ausgang konnte kaum zweifelhaft sein. Eine Handvoll Idealisten und dem Uebergewicht der Soldateska und dem Druck der Bourgeoisie auf die Regierung erliegen. Also eine glatte militärische Niederlage.

Politisch hingegen sieht die Situation wesentlich anders aus. Ein Blick in die bürgerliche Presse in diesen Tagen genügt schon, um jedem, auch dem einfachsten Manne im Volke, die Erkenntnis beizubringen: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Und diese Erkenntnis allein ist es, die der Arbeiterklasse einen ungeheuren politischen Gewinn bringen muß.

Die revolutionäre Entwicklung, die Sozialisierung der Gesellschaft, gehen unabwehrbar und unaufhaltsam ihrer Gang. Diese Entwicklung kann durch niemand aufgehalten werden; weder durch die konterrevolutionären Bestrebungen der Bourgeoisie, und noch weniger durch die falsche Politik der äußersten Rechten oder der äußersten Linken im Rate unserer Bruderparteien. Die bürgerlichen Elemente, die sich an die Hochschöle Eberts und Scheidemanns hängen, die Studenten und Offiziere, mit denen Roste glaubt, die Erziehungskosten der Revolution sichern zu können, sind nichts als Schmarohler am Baume des Sozialismus. Mögen sie persönlich die vorzüglichsten Menschen sein und die makellosen Eigenschaften besitzen, eins sind sie nicht: Sozialisten. Sie können es allenfalls werden, aber einseitigen sind sie es nicht und darin besteht die Gefahr für den Sozialismus. Diese Gefahr ist es, die die Kämpfer von der äußersten Linken auf den Plan gerufen hat. Diese Gefahr ist es, die die Rebellen trotz und den bewaffneten Zustand hervorgerufen hat. Und deshalb frage ich, wer von den Volksbeauftragten will sich hinstellen und sagen: „Ich bin ohne Schuld!“

Indessen es kann niemandes Aufgabe sein, nach Schuldigen zu suchen; unsere Aufgabe ist es, den Sozialismus zu sichern, für den Sozialismus zu wirken mit a e i s t i g e n W a f f e n . Man besinne sich auf die schlichten Worte Jakob Rudorfs. Man besinne sich, wenn man in der Öffentlichkeit schreibt oder spricht, daß man es tut für den Sozialismus. Man volentiere sachlich und nicht persönlich, nehmlich oder gar gemein. Gemein ist es, wenn man mit niederträchtigen Redensarten operiert und hinterdrein noch sagt, es gehe nicht anders, dies ergebe sich aus der sachlichen Verantwortlichkeit der Auffassungen. Eine solche Art der Polemik ist eine Unsitte, die unter Sozialisten überhaupt kein Ohr finden sollte.

Ströme von Proletarierblut sind in den Straßen Berlins gegossen worden, namenloses Elend ist angerichtet worden in der vergangenen Woche; die Bourgeoisie frohlockt — und in unseren eigenen Reihen?

Die schärfste Mißbilligung muß gegen das Verhalten jener Genossen ausgesprochen werden, die sich mit Absicht mit den Scheidemanns abfinden, in der heillosen Ueberzeugung, daß es so hat kommen müssen; so und nicht anders!

Es hat nicht so kommen müssen! Denen von rechts ist zu erwidern: Ihr hättet nachgiebiger und weniger rechtshoberlich sein sollen; denen von links, die von historischen Notwendigkeiten sprachen, ist zu sagen: Gewalttätigkeiten unter Sozialisten sind ein Unding! Jeder Blutschuld folgt die Rache auf dem Fuße, und die Zeit wird uns lehren, wer in diesem mörderischen Bruderkampf die Rolle des Rats, und wer die Rolle

des Abel gespielt hat. Das Proletariat aber weint um seine toten Brüder wie alle seine wackeren Männer, denen in der Sonntagnacht in dem ehemaligen Herrenhaus die blanken Tränen über die Wangen rollten.

Und nun, das Gebot der Stunde: Einigkeit! Bei mir es waaren, den hunderttausendstimmigen Schrei nach Einigkeit zu dämpfen? Weider Theoretiker und weider proletarische Politiker hat die Vermessenheit, zu sagen: Das ist ja Uninn, das ist ja unmöglich!

Man hüte sich vor solcher Annahme: Das sind Kollateralschaden der Revolution. Ganz abzuweichen davon, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten durch die Einigungsbestrebungen nicht vernichtet werden sollen. Was in aller Welt könnte uns davon abhalten gegenüber der Bourgeoisie eine Einheitsfront zu bilden, unabweisbar für alle Zukunft, auf der Grundlage eines einheitlichen Programms? Wer will es wagen, uns daran zu hindern, daß sich unsere Presse in der Lindenstraße gemeinsam niederläßt? Sollte dort kein Platz sein für die Meinungen aller Richtungen? Gehört nicht die „Vorwärts“-Druckerei allen Berliner Arbeitern? (Siehe Bremer Vorwärtsprotokoll.) Wer, frage ich, will uns daran hindern, das „Vorwärts“-Gebäude gemeinsam wieder auf- und auszubauen? Freilich, wenn der gute Wille fehlt, mit dem ist nicht zu rechnen. Wo aber ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Die Adler-Kommission hat es trotz aller Schwierigkeiten zustande gebracht, die Vorstände der Bruderparteien mit dem Zentralkomitee der Republik anzuverwandeln. Die Beratungen schweben, und von allen Seiten ist erklärt worden, daß sie in verfassungsmäßigem und sozialistischem Sinne geführt werden sollen: Beweis genug, daß das Verlangen des Berliner Proletariats bereits greifbare Gestalt anzunehmen beginnt.

Am nächsten Sonntag finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Das Ergebnis stellt uns vor ganz neue und gewiss auch schwierige Aufgaben. Aufgaben, die, wie ich glaube, die Bruderparteien ganz sicher zusammenführen werden und auch die — Führer. Die Fehler unserer bisherigen Taktik werden sehr bald ganz offen in die Erscheinung treten, dafür sorgen schon die Reaktionen aller Sorten.

Und hieraus ergibt sich mit elementarer Gewalt die Notwendigkeit der Solidarität aller Sozialisten unter der Forderung: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Verhaftung der Familie Liebknecht.

In der Bismarck-Straße 73 in Steglitz wurden die Frau und der zweite Sohn Liebknechts, ein etwa 15jähriger Schüler, verhaftet. Die Berliner Presse bringt die Nachricht, ohne dabei im mindesten die Rechtmäßigkeit der Verhaftung seiner politisch unteilhaftigen Frau und seines minderjährigen Sohnes anzuzweifeln. Will man die Rache an Frauen und Kindern fühlen?

Auch die Schwester Karl Liebknechts, Frau Geiser, sowie ein Fräulein Unzer in Steglitz wurden verhaftet.

Aur Festnahme von Dr. Ernst Meyer wird und noch mitteilt, daß sie sich in derselben Fressen und unerbittlichen Form vollzog wie die Verhaftung Lebedours. Der anaechliche Befehl des Kommandanten Alwande und des Leutnants Kildner errierte überhaupt nicht.

Diese Willkürlichkeiten sind schlimmer als die, die sich das alte System herausgenommen hat.

Zouderer Scheidemann.

„Der einzige Vorwurf, den man der Regierung machen könnte, ist höchstens der, daß sie mit ihrem Eingreifen zu lange gezögert habe.“ So sprach der Volksbeauftragte Scheidemann gestern im Reichstag am 30. und er wird deshalb von der „Germania“ stark geriffelt.

Das Zentrumblatt singt das bekannte Lied: Die eigentlichen Mütter des Vaterlandes sind die Offiziere und das Bürgertum. Ebert-Scheidemann aber, die Zouderer, haben noch in letzter Stunde gerade ihre Pflicht getan.

Was hat es genützt, daß die Ebert-Scheidemann-Landsberg sich der Abdaffung der Kommandogewalt so lange widersetzen, daß sie Hindenburg und das Graue Hauptamtier schalten und walten ließen? Sie finden jetzt keine Gnade, sie haben gezögert und das wahre Verdienst haben die Soldaten Jäger. Wenn selbst Scheidemann, der zeitweilige Liebling des Völkertums, schon keine Gnade mehr findet, wie mag es dann erst weniger „nationalen“ Vertretern der Rechtssozialisten gehen? Denn so man das tut am rechten Ort, was mag am bürren werden. Die „Germania“ und das Zentrum werden das ihre tun, um den Scheiterhaufen für die letzte Revolution zu schichten. Sie werden sicher nicht zögern wie der Scheidemann.

Ein menschliches Dokument.

Von bürgerlicher Seite wird und geschrieben: Am Tage vor der Erklärung des Vorwärts durch die Regierungstruppen wurde ich mit der Belagerung eines bewaffneten Regierungskontors von den Spartakisten des Vorwärts gesangenommen. Unser Kontor wurde beschlagnahmt, wir selbst in das „Vorwärts“-Gebäude gebracht und gefangen gesetzt. Es war meine erste Bekanntschaft mit diesen Leuten, die als Mörder und Mörder beschrien sind, denen jede ideale Gefinnung von der bürgerlichen Presse abgesprochen wird. Die Menschen, die ich dort kennen lernte, haben mich durch die Wucht ihrer Ueberzeugung, durch die tiefe, leidenschaftliche Liebe zu ihrer Idee und ihre unantastbare menschliche Meinheit so tief erschüttert, daß ich mich verpflichtet fühlte, Zeugnis für sie abzulegen. Wie wurden von Anfang an mit vollkommener Menschlichkeit behandelt, mit einer Toleranz, wie man sie auf der Gegenpartie verachtet finden wird, gestanden sie uns bürgerlichen sogar das volle Recht zu, sie zu bekämpfen, nur verlangten sie für sich das Gleiche. Daß dieser Kampf ein blutiger wurde, bewährten sie selbst tief. Immer wieder brach der Hiel gegen die Mörder an aus ihnen in den bittersten Worten heraus, denn sie empfinden keinen Haß gegen uns, nein, sie sind ganz erfüllt von tiefer Liebe zum Deutser Mensch, der unter dem Druck des Kapitalismus leidet. Die Leute, die dort versammel waren und von denen ich viele sprach, waren keine nutzlosen Wühlweiser, sondern zum größten Teil Familienmänner, einfache Arbeiter, die sich bemüht waren, daß sie persönlich auf aus Spiel leben. Die doch bereit waren für die Idee, die sie als wahr erkannt hatten, und an deren Leben sie sich alle

unerschütterlich glaubten, in den Tod zu geben. Wie sie zu bluten und zu sterben wiffen, sah ich beim Sturm auf den „Vorwärts“. Meines Glück lag auf den Hügen der Schwerverwundeten, sah Jabel. Als zum Schluß die Lage für die Belagerung unheilbar geworden war, schlug einer vor, man solle den Regierungstruppen folgendes Ultimatum stellen: Entweder ihr geht uns freien und unbewaffneten Abzug, oder wir schicken die Gefangenen nieder. Da erhoben sich alle andern wie ein Mann und erklärten, lieber ließen sie sich an die Wand stellen, als daß sie sit an wehrlosen Gefangenen vergriffen. Eine ungeheure Empörung über die Zumutung, ihr reines Programm durch solche Gemeinheit, selbst wenn sie ein Akt der Notwehr wäre, zu ändern, trat hier zu Tage. So sehen Sie gewissenlosen Mörder aus. Bald darauf erfolgte die Uebergabe, und wir Gefangenen wurden frei. Ich aber erkläre, daß ich in der Gefangenenschaft das größte Maß an Menschlichkeit, an Volksein von einer Idee, an Brüderlichkeit und innerer Freiheit erleben durfte.

Frauen, gebt acht!

Am 19. Januar sollen Deutschlands Frauen zum ersten Male zur Wahlurne schreiten.

Jahrzehntelang durfte die Frau in Fabrik und Kontor Werte schaffen zur Füllung der Geldschränke derer, die auch politisch das arbeitende Volk unterdrückten. Forderte die Frau für Erfüllung schwerer wirtschaftlicher und familiärer Pflichten politische Rechte, dann verweigerte das Herrgeschlecht sie höhnisch zum Strickstrumpf und zum Kochtopf.

Dann kam der Krieg! Die Eroberungssucht des Kaiseriums, der Generale, Barone und Bourgeois brach ihn brutal vom Raune. Man nahm Euch, proletarischen Frauen, den Ernährer, dann den Sohn. Man forderte die Frucht Eures Leibes, dann Euren Leib selbst. Man spannte Euch in Fabriken, stellte Euch auf Straßenbahnen und Güterwaggons und gab Euch farges Brot für schweren Dienst.

Man wußte nicht, was man tat. In eiserer Verblendung bedachte man nicht, daß die Not den Frauen die Augen öffnete, das Stampfen der Maschinen ihren Geist wecken mußte. Die Frauen und Mädchen des Proletariats schritten von jeher im Kampfe um das Recht der Frau an der Spitze. Die Erfahrungen des Krieges haben die Schar der Kämpferinnen endlos vermehrt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei

hat den Krieg mit allen Mitteln, die eine unwürdige Unterdrückung des freien Wortes ihr lieb, bekämpft. Während andere die Kriegskredite bewilligten und vor den Ludendorff und Hindenburg ihre Opfer runden ließen, während sie durch Verrat am Geiste der internationalen proletarischen Solidarität die Widerstandskraft und den revolutionären Plan der Arbeiterklasse schwächten, rang die U.S.D. gegen eine Welt von Feinden. Verfolgt, geächtet, verleumdet von offenen und versteckten Gegnern, blieb sie aufrecht auf der Wacht.

Die U.S.D. ist Trägerin der Revolution des Proletariats. Sie rief im November die Massen zur Tat, und der revolutionäre Wille des Proletariats befreite die Menschheit von der Geißel des Krieges, das deutsche Volk von der Gewaltherrschaft einer finsternen Herrenklasse. Sie gab Euch, Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, das Wahlrecht. Und heute steht die U.S.D. auf der Wacht bei den Schätzen, die die Revolution des November gehoben hat.

Wacht von dem revolutionären Recht Gebrauch im Sinne der Revolution! Wacht Euer Recht wie ein Heiligtum, schützt es, indem Ihr es erkämpft!

Gebt Eure Stimme der U. S. D.

der Hüterin der Volkrechte, der Kämpferin für die politische Macht der Arbeiterklasse.

Weißer Garde.

Mit Beispielen für die brutal militärische Bestimmung der Kreuze, aus denen keine Regierungsgarde gebildet hat, könnte man ganze Bände füllen. Nur ein paar Sätze wollen wir aus einer einzigen Nummer der „Voll“ zitieren:

In einem politischen Leitartikel, dessen Leitmotiv „Deutsche Liebe“ immer wiederkehrt, heißt es z. B.:

Seit die Kommandogewalt in die Hände des Bewaffneten Kosses gelangt ist, bleibt es auch nicht mehr bei bloßen Worten, sondern es wird offensichtlich auch mit entschlossenem Sinne gehandelt. Nur durch kräftige deutsche Liebe können wir zur Befreiung unserer innerstaatlichen Verhältnisse gelangen.

Oder aus einer Schilderung des Truppenzugs mit der begeisterten Ueberschrift „Ein Bild“:

Eine ungeheure Menschenmenge bildete Spalier und begrüßte die freundlich dankenden Offiziere mit begeisterten Hochrufen. Der Marsch kochte, die Truppe wußte bald. Schwarze Kommandos „Kompanie — Halt“, „Gewehr ab“ werden ebenso erast wie Strom ausgedehnt. „Grobol“ erschallt es aus dem Publikum. Mit Bewunderung blickten alle auf diese famose, tadellos disziplinierte Truppe und ihre Führer.

Ein paar Zeilen weiter werden dann diese Soldaten schon zum Lachen aufgeblüht:

Immer und immer wieder kam die Forderung auf, die Laternen auch einmal nicht nur zur Beleuchtung der Straßen zu benutzen.

Mit dem Schlagwort „Standgericht“ werden die Soldaten zum Lachen geblüht.

Auf dem Hof der Diakonerkaserne, wo bis jetzt über 400 Gefangene untergebracht sind, wurden 7 Mann, die mit Waffen betrogen wurden, von den Jägern sofort erschossen. Die Regierung hat leider eingegriffen und sich das Strafrecht über die Gefangenen vorbehalten. Die Soldaten wachen jedoch keinen Hehl davon, daß sie in Zukunft jeden bewaffneten Revolver mit einem Ausweis der Regierung besitz, in gleicher Weise wie die Gefangenen behandelt werden.

Ein „höherer Offizier“ promittiert dagegen: „de den Spartakisten ist Wolf-Dau eine Stunde Gefangenhaft einpendet ist. Sie ihre Taten und Vorkommnisse fortbringen lassen.“ Dies ist gänzlich falsch, solche Rückfragen dürfen nicht genommen werden.

Der neue Kommandant sagt in Punkt 3 seines Auftrages, daß alle, die sich in die Reihen werfen, selbigenommen und bestraft werden. Das hat gar keinen Zweck. Jeder, der fälschlich mit der Waffe betrogen wird, hat das Leben verwirkt und wird sofort erschossen.“

Und wozu soll das alles führen? Ein wahrer Beweiskampfsymposium gibt Auskunft darüber unter dem Titel: „Eingug der weißen Garde“.

Rum ist sie dal
Gestern noch verhöhnt auf Spartakus-Demonstrantenschildern.

Die Weiße Garde
Allen Männern jubelt das Hurra aus dem Dergen. Die „Reinen süßen Mädel“ spinnen zierliche Goldäden lieber Wünsche die Reihen entlang. Die Knaben schwenken die deutsche Reichsflagge in den Zug hinein und Blumen fallen und Gaben schenken sich an offene Hände.

Die Güte der Bürger senken sich
Und nun stanz wieder Gleichtritt auf!

Männliche Ruch und Militarismus!
Militarismus verhöhnt, verleumdet, verleumdet, beiseit einkt von der Sozialdemokratie. Militarismus, der heute die Sozialdemokratie zu retten kommt vor der Saat, die sie säte. O Tag der glorreichen Rechtfertigung durch die äußerste Selbstverleugung.

Und so geht es endlos weiter. Ein Kommentar ist überflüssig. Aber eines wollen wir nicht vergessen: diese „weiße Garde“ das ist die Schutztruppe Eberts und Scheidemanns. Auf die treuen Diener Wilhelms II. auf den brutalen Militär- und Plutokratie dieser Bürger- und Berufssoldaten stützt sich die glorreiche „sozialistische“ Regierung Ebert-Scheidemann.

Demokraten.

Die „Demokratische Partei-Korrespondenz“ veröffentlicht folgende parteioffizielle Notiz:

Die Deutsche demokratische Partei hat während der Unterdrückung der demokratischen Presse ihr Hauptaugenmerk auf die Stimmung der Reichsregierung betrieblige sie sich an der Freiwilligenwerbung. Die ersten Plakate „Freiwillige vor“ waren von ihr verbreitet worden, führende Mitglieder haben sie zum Teil selbst angeklebt. Tausende ihrer Anhänger haben sich bei den Reichsteilen eintreten lassen. Ihre Führer wie Deuburg, Gerland und Ruschke haben in den Truppenlagern Ansprachen gehalten. Die Partei hat darauf verzichtet, all das offiziell zu tun. Die Angriffe der rechtsstehenden Presse sowie Zweifel in den eigenen Reihen erfordern es aber, daß jetzt die Tatsachen mitgeteilt werden.

Auf gut deutsch heißt das, daß die Demokratische Partei sich zunächst nicht offiziell festlegen wollte — man konnte nicht wissen, wie alles ausgehen würde. Jetzt, nach dem „Sieg“ der weihnachtlichen Politik, blüht sich die Partei vor Stolz über die Helferdienste, die sie der Reaktion geleistet. Demokratenstolz!

Dieselbe Nummer der „D. V. A.“ gibt folgende Parole an:

„Solange noch Tausende von Unberechtigten mit Waffen in Berlin umherlaufen, solange die Arbeitslosen nicht mit rüchichtsloser Entschlossenheit zur Arbeit gezwungen werden, so lange ist die Ruhe und Sicherheit in Berlin ebensovienig wie an den anderen gefährdeten Stellen im Reich (Weisfalen, Oberschlesien) gefährdet.“

Also: Entwaffnung des Proletariats, Bewaffnung der Bourgeoisie; Schutz des Kapitals und Anebelung der Arbeiterkraft — das ist das Programm der deutschen demokratischen Partei. Derselben Partei, die mit lächerlichen Auftritten um die Stimmen der Arbeiter und Angestellten für die Wahlen zur Nationalversammlung buhlt.

Der Zentralrat der Marine.

1. Der 3er-Ausschuß (Zentralrat) der Marine hat in seinem Beschlusse vom 12. Januar 1919 die Mitgliederzahl auf 25 reduziert und aus diesen 25 Mitgliedern den Zentralrat der Marine gebildet. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus den Mitgliedern Berlesmann, Reich, Tost, Albers und Eschling.

2. Die im „Vollanzeiger“ veröffentlichte Mitteilung von der Verhaftung des Präsidenten Kuhl entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.

Pläne der Braunschweiger Regierung.

Braunschweig, 18. Januar. Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungs- und Austausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens mit folgender Abgrenzung gegangen werden kann. Vom Hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in großer Linie bis zum nördlichsten Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Vitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Roßhaußen, durch preussisches Gebiet über die Wörlinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte des Kreises Holzminden und von dort weiter gehend östlich von Hannover und westlich von Celle in großer Linie wieder auf Hamburg zu.

Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine Kantonale Verfassung ähnlich der schweizerischen vor, worin die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preussischen Staatsverbände auscheidenden Gebiete als selbständige Kantone gelten. Zur Konstituierung der neuen Republik schlägt die braunschweigische Regierung vor, daß die bevollmächtigten Landesregierungen bzw. die bevollmächtigten Arbeiter- und Soldatenräte der drei Republiken und der preussischen Gebiete-eile sich in Braunschweig versammeln, über die Errichtung der Bundesrepublik beschließen und einen provisorischen Ausschuß bestimmen, der die Leitung der Republik übernimmt.

Die Braunschweiger Arbeiter beabsichtigen mit der Errichtung einer Bundesrepublik nicht nur eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft mit ihren Nachbarn. Ihr Ziel ist höher: Sie möchten mit ihren Nachbarn in einen innigen Freundschaftsbund eintreten. Die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten sind seit entschlossen, die Kassen zu beiseitigen, mit denen die bisher herrschenden Klassen die Arbeiter belegt hatten. Sie sind aber auch ebenso seit entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuwehren und Bestrebungen, welche sich gegen die Lebens-

bedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, welche in gleicher Lage sind, seine brüderliche Hilfe für jeden Fall eines Angriffes an und bittet, sich im Falle einer Bedrohung an seine Nachbarn mit der Waffe in der Hand wenden zu dürfen. Der Aufruf schließt: Alle im Volk! Es geht die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Das vorläufige Wahlergebnis in Bayern.

München, 14. Januar. Bis mittags 12 Uhr waren im Ministerium des Innern folgende Ziffern über das Wahlergebnis (vorläufiges Ergebnis) zusammengestellt: Bayerische Volkspartei 1.072.011, Sozialdemokraten 919.871, Deutsche Volkspartei 403.010, Bayerischer Bauernbund 322.022, Nationalliberale Partei 110.477, Unabhängige Sozialdemokraten 75.008, Bund der Unabhängigen 12.358, Mittelstandspartei 9284. Zur Zeit fehlen noch aus: Stadt Dillingen und 30 Stimmbezirke von München-Land.

Zum Wahlloos, der den Unabhängigen aus Gründen, die noch zu erörtern sind, nicht zuzurechnen sein konnte, schreibt die mehrheitsfähige „Münchener Post“: „Für Stunde kann man noch kein Gesamtbild der Wahlergebnisse Bayerns entwerfen. Aber schon jetzt kann man sagen, Bayern wird keine Wendung, keine liberale, sozialistische Hochburg im deutschen Reich sein werden. Das alte kaiserliche Regiment, das mit dem preussischen Militarismus und dem hochstaatsrechtlichen Kaiserthum aufs engste verbunden war, wird nicht wieder auferstehen.“

Bremen für die Nationalversammlung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen, dem die Reichssozialisten nicht angehören, hat mit 101 gegen 88 Stimmen den Beschluß des Bremer Rates der Volksbeauftragten, die Wahlen zur Nationalversammlung in der Republik Bremen zu verhindern, umgestoßen. In der leidenschaftlichen Auseinandersetzung, die diesem Beschluß vorausging, trat die Reichssozialisten und der ganze Soldatenrat gegen den Beschluß der Volksbeauftragten ein, die Kommunisten dafür.

Die württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 14. Januar. Die provisorische Regierung erläßt eine Verordnung, wonach die verfassunggebende württembergische Landesversammlung zur Eröffnung ihrer Sitzung, Donnerstag, den 28. Januar, in Stuttgart zusammengetreten wird.

Die „Volk“ als Regierungsort.

Die Schutzmannschaft ist wieder bewaffnet. Wer hat das angeordnet? Niemand anders als das berüchtigte Organ der Arbeiter- und Schutzwirtschaftlichen, die „Volk“. Dieses alte Blatt frägte schon am 10. Januar: „Warum ist die Schutzmannschaft, die mit Herrn Richter nichts mehr zu tun haben will, nicht schon längst bewaffnet?“ Der Forderung der „Volk“ ist jetzt Genüge geleistet. Die „sozialistische“ Regierung Ebert-Scheidemann-Roske ist das, was die „Volk“ ihr vorgeschrieben hat.

Massendemonstration in Kottbus.

Am Sonntag, den 12. Januar, fand in Kottbus eine Demonstration für die sozialistische Republik statt, an der sich mindestens 1000 Personen beteiligten. Diese Demonstration war ursprünglich als Kundgebung für die Regierung Ebert-Scheidemann und die Liste Schumann-Wels gedacht und angekündigt. Auf Einpruch sämtlicher Truppenteile der Garnison mußte dies fallengelassen und die Anforderungen abgeändert werden. Die Demonstration fand dann ohne einen engeren parteipolitischen Charakter statt, und die Garnison beteiligte sich an derselben.

Die Sterblichkeit im Kriege.

Berlin, 14. Januar. Amlich. Nachdem sich aus vorläufigen Berichten und Uebersichten gezeigt hat, wie stark der Einfluß der feindlichen Blockade auf die Sterblichkeit in Deutschland gewesen ist, fertigt das Reichsgesundheitsamt eine genaue Uebersicht über die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung während des Krieges im ganzen Deutschen Reich an. Es beschäftigt sich, daß die Zunahme der Todesfälle während der ersten beiden Kriegsjahre erträglich blieb, vom Ende des Jahres 1918 an (Anfang des „Kohlwinters“) einen außerordentlichen Umfang erreicht hat. Die Gesamtzahl der zuverlässig auf die Unterernährung zurückzuführenden Todesfälle der Zivilbevölkerung erreicht bei vorläufiger Bestimmung mehrere Hunderttausend. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Politische Nachrichten.

Zur Friedenskonferenz schreibt die Londoner Times: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Man hat sich sehr bemüht, sie abzukürzen, denn alle amerikanischen Nationen streben danach, zu friedensmäßigen Verhandlungen zurückzukehren, und diese Verhandlungen in allen anderen Ländern nieder herzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Feinde wird ein billigerer Friede sein, obwohl die Bedingungen unendlich viel milder sein werden, als die, welche Deutschland, wie es den Rumänen sagte, uns auferlegen wollte.

Eine Demonstration von Regierungsgegnern fand gestern in Erfurt statt. Auf dem Zuge durch die Stadt drangen Demonstranten in die Wahlbüros der deutsch-nationalen Volkspartei und deutschen demokratischen Partei ein, warfen das Agitationsmaterial auf die Straße und verbrannten es. In der Johannisstraße drangen sie in das Verapothekende des Uhrmachers „Algemeiner Angeler“ ein, hielten die rote Flagge und in der Medaillon wurde eine Deputation eines anwesenden Redakteurs zur Unterzeichnung und Verbreitung einer Erklärung, daß nun die Zeitung historisch keine Lagerstätte der revolutionären Arbeiterbewegung mehr in die Welt senden sollte, so wie sie es bisher getan. Die Zeitung wurde gezwungen, diese Erklärung zu bringen, widerstandslos für die Sicherheit ihres Betriebes keine Garantie mehr gegeben werden konnte.

Eine neue Verordnung regelt das Wahlrecht der Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 14. Januar zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert sind.

Der unabhängige Sozialdemokratische Kreis Brandenburg nahm einstimmig folgende Entschiedenheit an: „Die Ortsgruppe Brandenburg der U. S. P. D. ist der Meinung, daß auf

marginal-revolutionären Vorden eine Einigung aller wahren Sozialdemokraten zustande kommen kann und muß. Die Ortsgruppe Brandenburg erwartet vom nächsten Parteitag, der sofort einberufen ist, eine gesunde Aussprache und völlige Klärung“. Am Anschlag daran wird der blutige Bruderkrieg aufhören bedauert und die Einigung, wenn nicht anders möglich, über die Köpfe der Führer hinweg gefordert.

Jeder hat eine Waffe.

Das ist der
Stimmzettel.

Gebt ihn am 19. Januar ab!

Wählt die Listen der

Anabhängigen Sozialdemokratie!

Groß-Berlin.

Die Bekämpfung der Revolutionsofizer.

Der Zentralvorstand der U. S. P. D. Groß-Berlin, hat die Verurteilung der Revolutionsofizer in die Hand genommen. Es ist eine Kommission gewählt worden, bestehend aus den Herren Schwahn, Schweikert, Paul Ostmann, Dr. Wehl, Dr. S. Weinberg. Alle Auskünfte in der Angelegenheit der Verurteilung, Unterstützung usw. werden erteilt im Bureau des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlin, Schildstr. 5 11.

Opfer der Revolution.

Die Zahl der bei der Verteidigung gegen die Regierungstruppen ums Leben gekommenen Opfer ist ziemlich beträchtlich. Allein im Reichenschauspiel sollen 70 Tote eingeleistet sein. Die Namen der Toten festzustellen ist schwierig, da viele von ihnen feinerlei Ausweispaß besaßen. Soweit es uns möglich ist, werden wir die Namen der Gefallenen veröffentlichen. Bis jetzt wurden uns gemeldet:

Am 9. 1. bei den Kämpfen um das Rosse-Haus: Bruno Fern, Eibinger Straße 2, Paul Schlegel, Landsberger Allee 40 (beide Mitglieder der Freien Jugend).

Am 11. 1. bei dem Sturm auf den „Vorwärts“: Kurt Koppert, Reußstr. 33, Georg Besold, Gipsstraße 9, Eisner (Vorname und Wohnung nicht festzustellen).

Am 11. 1. bei den Kämpfen um das Wüste-Haus: Fritz Scharias (Wohnung nicht festzustellen).

Von den im Reichenschauspiel eingeleiteten Toten sind folgende Namen festgelegt worden: Walter Heise, Schmied, Franz Kabe, Charlottenburg, Ernst Schwarzkopf, Gieselerstraße 31, Erich Ebbert, Schönleinsstraße 28, Fritz Kantsopp, Kadestraße 40, Rüd. (Aus einer Wohnung ist ersichtlich, daß er eventl. bei der Firma Kästle beschäftigt war.) Hermann Schier.

Die Vorgänge in Moabit.

Bei der Besetzung Moabits, die in der Nacht wieder zu heftigen Schießereien führte, hand die Waffenfabrik Ludwig Roesse im Mittelpunkt des Angriffes. — Die Volksmarine Division wurde kamplos entlassen.

Der Streik bei der Hochbahngesellschaft.

Zeit gestern früh stehen über 2000 Angestellte der Hochbahngesellschaft im Streik. Vor einiger Zeit bereits sind Verhandlungen mit der Gesellschaft gepflogen worden, die eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zum Ziele hatten. Die Gesellschaft war auch bereit, den Zugführern, den Zugbegleitern, den Weichenstellern, den Straßenbahnschaffnern und Schaffnerinnen sowie dem Straßenbahnfahrern, den Aufsichtsbearbeitern und von dem Werkstattpersonal den Kolonnenführern je 100 Mk., dem Bahnweigerpersonal und Streckenwärtern je 90 Mk., den Jahrsforten-ausgeberinnen, den Werkstattarbeitern, Lagergehilfen und Lagerverwaltern je 80 Mk. monatliche Zulage zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Zweckverband der Gesellschaft bezüglich des Tarif-Eintritts genügt. Die Forderungen des Personal gingen jedoch weiter. Sie zielten auf eine Gleichstellung mit den Angestellten der Groß-Berliner Straßenbahn. Außerdem verlangten die Arbeiter bei der aufgelösten Omnibus-Aktion-Gesellschaft beschäftigten (ca. 80-100) Personen, es sollen ihnen die dort verbrachten Dienstjahre angerechnet werden, da ihre frühere Arbeitgeberin ein Tochterunternehmen der Hochbahngesellschaft gewesen ist. Die Hochbahngesellschaft wollte sich darauf jedoch nicht einlassen. Darüber entstand große Erbitterung. Einen dritten Streitpunkt bildete die Bezahlung der Hausmieten und Arbeiter. Zugkinder war eine am 1. März zahlbare einmalige Teuerungszulage von 250 Mk. Die Hausmieten verlangten jedoch auch eine Erhöhung der Stundenlöhne auf 2,50 Mk. und die Arbeiter eine solche auf 2,20 Mk. Darauf wollte die Gesellschaft nur eingehen, wenn die einmalige Teuerungszulage fallen gelassen würde. Behänden die Leute darauf, dann wollte sie nur einen um 25 Pf. niedrigeren Stundenlohn zugehen. Das Personal hat, um seinen Forderungen größeres Nachdruck zu verleihen, jedoch den Streik beschlossen. Verhandlungen sollten gestern noch stattfinden, im auch die Urlaubfrage eine Regelung erwartete.

Abermalige Erhöhung der Straßenbahntarife.

Eine erneute Erhöhung der Straßenbahntarife ist in Sicht. Die Straßenbahngesellschaft glaubt, die Mehraufgaben für die neuerlichen Vorkerbahnungen nicht tragen zu können. Sie hat deshalb beim Amdorferverband eine Vertretung der Fahrpreise beantragt. Sie hat vorgezogen, den Preis für die Einzelfahrt auf 20 Pf., für den Doppel-fahrt auf 35 Pf. und für die Fahrkarte auf 1 40 Pf. zu erhöhen. Die Vollversammlung des Amdorferverbandes soll am 20. Januar stattfinden. Auch die Fahrpreise für die Hochbahn sollen erhöht werden, und zwar sehr erheblich. Das Fahren wird immer kostspieliger.

Waffenfucher.

Die Sappegarde ist auf den Posten, ihr Handwerk blüht. Sie ist eifrig an der Arbeit und tritt überall in die Erscheinung. Wenn es so weiter geht, wird es bald keinen Weisden in Berlin mehr geben, der nicht düstert oder in seiner Wohnung behausung worden ist. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Es wird nach Waffen gesucht. Gehehen wurde, wie wir schon berichteten, ein ganzer Stadteil buchstäblich militärisch abgesperrt. Auf einigen Straßen, die zum Hausarrest führen, waren von den Absperzungstruppen zum Teil Barrikaden errichtet worden. Auch die Telefonverbindungen nach Moabit

waren abgeschnitten. In der Gutfahrstraße fanden schwere Minenwerfer und Lastautomobile mit Geschossen. Regierungstruppen nahmen in verschiedenen Straßen Durchsuchungen nach Waffen vor, die wir Augenzeugen berichten, ohne nennenswerten Erfolg daben. Manche Einwohner wurden „Waffen“ abgenommen, die nur noch historischen Wert haben.

Die Regierungstruppen behaupten, die Maßnahmen gegen den Stadteil Moabit seien nötig, weil aus den Häusern auf die Truppen geschossen worden sei. Nach zuverlässigen Mitteilungen von Augenzeugen, trifft das jedoch nicht zu.

Soweit und mitgeteilt wird, wird jetzt planmäßig vorgegangen. Mehrere von Waffen worden in Post genommen.

Massenverhaftungen.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben in ihren Arbeiterkreisen einen Umschwung angedacht, in dem plant wird, daß sich alle ihre Arbeiter als entlassen betrachten können und sich bis zum 28. Januar ihre Papiere abholen lassen, andernfalls werden sie ihnen zugestellt werden.

Um das Polizeipräsidium.

Gegenüber den abstrakten Vorhaben der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ über die Schließung des Polizeipräsidiums möchten wir den wahren Sachverhalt kurz mitteilen. Unsere Leser wissen, daß die Mannschaften im Präsidium ordnungsgemäß als Sicherheitsbeamte angestellt waren und von Anfang an, also schon vor dem 6. Januar, ihr Amt ausübten haben; von einer „Besetzung“ kann also gar keine Rede sein; es handelt sich lediglich um einen gewissen Hinandruck der Mannschaften. Wie sehr die Mannschaften bedrückt waren, gütlich zu werden, beweist folgende Mitteilung:

In dem Genossen Traun der den Berliner Sicherheitsbeamten leitete, kam ein Herr Ernst Garobe Quinaker 48, angeblich schweizerischer Staatsangehöriger und schlug einen Waffenschein vor, welcher von nachts 1 Uhr bis abends 6 Uhr gehen sollte, vor. Derselbe wurde auch von dem Genossen Traun angenommen und wurde von beiden Seiten unterschrieben. Während dieser Zeit sollten Verhandlungen zwecks Übergabe des Polizeipräsidiums stattfinden. Zwischen 8 und 4 Uhr morgens einigten die Genossen Traun und Schweikert nach dem Rathaus und wollten das Polizeipräsidium in Rädliche Obhut stellen. Hier wurde ihnen aber bedeutet, daß im Rathaus niemand anwesend sei, der die Sache bearbeiten könnte. Als die betreffenden Genossen vom Rathaus zurückkamen, war das Polizeipräsidium von Regierungstruppen schon stark umzingelt. Die Besetzung des Polizeipräsidiums wurde vom Gen. Traun angewiesen, nicht zu schließen, da er der Meinung war, daß der Waffenschein einzuhalten würde. Gleich darauf sah er Feuer von verschiedenen Stellen, unter anderem auch von der Neuen Friedrichstraße, Ecke Köpenickerstraße. Die Genossen Traun und Schweikert gingen zu der bezeichneten Stelle und wollten mit den dort befindlichen Truppen verhandeln, wurden aber von denselben festgehalten und erzwungen. Der Führer dieser Truppen war Herr Suppe. Gleich darauf wurde das Polizeipräsidium mit Maschinengewehren beschossen. Der Genosse Traun ging mit einem Offizier zu den Regierungstruppen, die auf dem Rathaus Alexanderplatz waren und wollte auf den Waffenschein hinwirken, den er von beiden Seiten unterschrieben, in der Tasche hatte, aufmerksam machen. Das Präsidium ist während dieser Zeit an zwei Stellen von Artillerie beschossen worden. Hervorgehoben muß werden, daß die Besetzung des Polizeipräsidiums erst geschah, als sie angetrieben wurde. Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß der Gen. Traun weder Anhänger des Sozialismus war und auch nichts mit den vor der bürgerlichen Presse behaupteten Besetzungen von Tribünen zu tun hat.

Am Freitag wurden 100 Pf. Butter von Tribünen als Geschenk nach dem Präsidium geschickt, welche auf Veranstaltung des Gen. Traun sofort dem redaktionellen Besizer zugestellt wurden. Nur den Bemühungen des Gen. Traun ist es zu verdanken, daß nicht mehr Menschenleben geopfert wurden, da er unter hartem Feuer immer wieder verlor, an die Regierungstruppen heranzukommen, um mit ihnen zu verhandeln.

Die ganze Schießerei war also unnötig.

Aus den Organisations.

Kreuzen. U. S. P. Die Bezirke, die die Flugblätter noch nicht abgeholt haben, können diese heute vom Bureau abholen.

Orenenburg. Mittwoch, den 17. Januar, abends 7 Uhr, große Versammlung im Saale des Herrn Krahm, Schützenstr. Die Parteimitglieder werden erbeten, sich am Freitag abends 7 Uhr in ihren Paktellen vollständig einzufinden, zwecks Einteilung der Wahlarbeit am Sonntag.

Bezirk Weihensee. Heute abends 7 Uhr findet in der „Mora“, GutsMuth-Str. 141, eine Mitgliederversammlung der U. S. P. D. statt.

Gohentinshausen. Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Gemeindeschule eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Rudolf Weisfeld referieren wird; auch die bürgerlichen Parteien sind eingeladen.

Wittenau. Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Albert Schulze, Hauptstraße 58 — Am Freitag, den 17. Januar, öffentliche Volksversammlung bei Eberhardt, Lüdorfer Straße. Diegen über Handzettelverbreitung am Donnerstag von den Jahlabendlokalen aus statt.

Von der Geldsammahme freigegeben sind: die Eitemomane von Isolante Wargé:

„Lili“

Ein Eitenbild aus Berlin W.

Preis 20 Pf. —;

als Fortsetzung:

„Liliz Ehe“

Ein Eitenbild

Preis 20 Pf. —;

Liliz Braun schreibt: ... ebenso glänzende wie wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in der die Jugend von Berlin heute aufwacht... ein überaus nützliches Werk für die Aufklärung der Kinder ist es natürlich nicht bestimmt... ferner ist erschienen:

„Hinter geweihten Mauern“

von Vater Scriblus.

Aufzeichnungen eines Klostergeisteslichen

Preis 20 Pf. —

Die Nachfrage nach diesem Werke hat gezeigt, daß die Weisheit des Vater Scriblus in allen Volksteilen lebendige Interesse erregt haben. Leider ist nicht man die Zeit spie an und Protest auf Protest erfolgt gegen das Büchlein, das wiederentdeckt aller Welt z.

Zu beziehen durch:

Boiler & Co., Berlin W 9, Köpener Str. 27. Abg. 3.

